Schweiz. Vereinigung Industrie + Landwirtschaft

Association Suisse Industrie + Agriculture

Associazione Svizzera Industria + Agricoltura

gegründet 1918 von Prof. Hans Bernhard und Schweizer Industriellen für die Landwirtschaft

# Geschäftsbericht 2007

Nr. 145, Juli 2008

Schweiz. Vereinigung Industrie + Landwirtschaft

Association Suisse Industrie + Agriculture

Associazione Svizzera Industria + Agricoltura

gegründet 1918 von Prof. Hans Bernhard und Schweizer Industriellen für die Landwirtschaft

# Geschäftsbericht 2007

Nr. 145, Juli 2008

# Inhaltsverzeichnis

**Themen und Tätigkeit**

Sichere Ernährung ..... 1

SVIL Tagung 2007
Kartellrecht und Ernährungspolitik - Bauern und Konsumenten
zwischen Kartellrecht und Wachstumswirtschaft ..... 5

Versuch einer Lagebeurteilung ..... 17

**Verein**

89. Hauptversammlung ..... 21

Rechnungsabschluss 2007 ..... 22

Organe der Vereinigung ..... 25

**Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft, SVIL**
**Postfach 6548 Dohlenweg 28 8050 Zürich**
**Tel 044 302 88 18 Fax 044 302 89 20 E-Mail: svil@svil.ch www.svil.ch**
**Melioration • Raumplanung • Landerwerb • Hochbau**

## Sichere Ernährung

Die Konsumenten brauchen eine sichere, gesunde Ernährung. Sie bevorzugen deshalb die Lebensmittel aus ihrem eigenen Lebensraum. Gleichzeitig wird den Konsumenten das Gegenteil nachgesagt, sie wählten die billigsten Nahrungsmittel, (vorausgesetzt, dass sie über den Import zugänglich sind) egal welcher Herkunft. Hinter diesen beiden Aussagen verbirgt sich ein grundlegender Interessengegensatz und handfester Geschäftskonflikt, den einzelne Marktbeteiligte strategisch handhaben.

Lebensmittel können nicht beliebig aus dem uns umgebenden Lebensraum und Lebenszusammenhang herausgerissen und wie Industriegüter global verschoben werden. Die Haltbarmachung und der starke Trend in der Conveniencebranche, Lebensmittel immer weitergehend zu verarbeiten und immer mehr zu transportieren, unterliegen biologischen Grenzen: Der Zeitabstand zwischen Ernte und Konsum und damit die Möglichkeiten auch der Verarbeitung, der Denaturierung und des Transports sind beschränkt. Mögliche Versorgungskrisen, Qualitätssicherungsprobleme, Seuchen und Krankheiten sind ebenfalls Argumente für eine Versorgungssicherung aus der Nähe! 1918 hatte die Schweiz trotz höchster Kaufkraft eine gravierende Ernährungskrise, welche zum Generalstreik führte. Die ausländische Politik bestimmte, dass das von der Schweiz gekaufte Getreide woandershin transportiert wurde. Das führte in der Schweiz zu einer Hungerkrise. Diese Fakten sind genügend bekannt. Dennoch wird die heutige Entwicklung im Nahrungsmittelbereich, die wiederum mit der Handelsliberalisierung auf dieses Risiko zusteuert, als unabwendbares Fatum kommentiert: „Die Märkte werden immer offener“, ohne gleichzeitig die gegenläufigen Umstände ins Bewusstsein zu heben.
Dazu kommt bei allen Freihandelsüberlegungen etwas sehr Wesentliches hinzu, was in der heutigen Diskussion völlig durcheinander liegt: Ein höherer Preis wird heute sofort mit Ineffizienz gleichgesetzt. Die höhere Kaufkraft, die einzelne Volkswirtschaften aufweisen, führt jedoch durch die entsprechende Nachfrage immer auch zu höheren Preisen. Wenn Preisverglei-

che gemacht werden, müssen deshalb auch Löhne, Pachtzinsen etc. miteinbezogen werden. Auch muss verglichen werden, wie viele Menschen ernährt ein Bauernbetrieb? Rückständige Volkswirtschaften mit einem höheren Anteil an Bevölkerung, die in der Landwirtschaft tätig ist, haben zwar noch tiefere Preise als entwickeltere Länder. Aber sie wirtschaften wesentlich weniger effizient. Folglich ist der Importschutz, den ein entwickelteres Land aufrecht erhält, nicht dazu da, eigene ineffiziente Strukturen zu schützen, wie böse Zungen ständig behaupten, sondern umgekehrt geht es dabei darum, effizientere Strukturen einer qualitativ hochstehenden Produktion vor der Zerstörung durch die Preiskonkurrenz aus ineffizienten Produktionsgebieten zu schützen. Damit wäre eigentlich alles geklärt und wir wären auf dem Stand jener Leute, die im GATT stets die Landwirtschaft von den Freihandelsverhandlungen ausgeklammert haben. Diese Erkenntnis wurde erst in der Uruguay-Runde fallen gelassen.

Dieser Richtungswechsel erfolgte in den 80er Jahren unter dem Eindruck der Sättigung der Konsumgüterindustrie und damit des abnehmenden Wachstums. In der Folge verlangten einzelne wirtschaftliche Akteure kategorisch auch eine Grenzöffnung für alle Lebensmittel. Die bisher geltende differenziertere Sicht musste unter dem Druck der Wachstumsargumente weichen. Die Anstösse dazu stammten nicht nur aus ‚Übersee', sondern wesentlich auch aus den eigenen Reihen.
Die Grenzöffnung im Ernährungsbereich bewirkt nun heute eine Splitterung der Nachfrage bezüglich Preis und Qualität. Diese Aufsplitterung der Bedürfnisse hat zur Folge, dass die Verarbeitungsindustrie feststellt, der schweizerische Markt sei ihr für ein Qualitätsangebot zu klein. Nur der Exportmarkt erlaube die Produktion eines genügend grossen Angebots im oberen Qualitätssegment. Damit ergibt sich zwangsläufig eine räumliche Arbeitsteilung. Man spricht vom ‚Grasland' Schweiz ohne Ackerbau und Frischversorgung. Die effiziente und nachhaltige Nutzung der bestehenden regionalen Ressourcen in der eigenen Lebensumwelt wird im geöffneten Handelsraum gleichsam brachgelegt. Diese Öffnung führt zu einer Schwächung der Ressourcen sparenden regionalen Versorgung durch eine verschleissintensive, transportintensive und verarbeitungsintensive Produktion, die jedoch das verlangte Mehrwachstum bewirkt. Der regionale Versorgungsmarkt wird gespalten. Die einheimische Qualitätsproduktion kommt durch den billigeren Import unter Druck und sucht einen Ausweg im erwartungsvollen Export. Eine schweizerische Produktion im Tiefpreissegment scheidet wegen den an sich höheren Produktionskosten zum vorneherein aus. Dabei wird die Ausdehnung in Exportmärkte, wo generell tiefere Preise herrschen als in der Schweiz, den Preisdruck auf die einheimische Landwirtschaft verschärfen. Denn rein stofflich und auch wertmässig gesehen kann die schweizerische Landwirtschaft mit ca. 400'000 ha gutem ackerfähigem Land und ca. 600'000 ha Grünland höchstens im Bereich der Milchverarbeitung für den Export produzieren. Angesichts der hohen Kaufkraft in der Schweiz ist jede Produktion der schweizerischen Landwirtschaft für einen Exportmarkt suboptimal. Doch geht es bei der Freihandelsoption, wie der Bundesrat sagt, um die durch den billigen Nahrungsmittelimport frei werdende Kaufkraft von ca. 2 Mrd. Fr.. Diese Öffnung und Beseitigung der regionalen Landwirtschaft erlaubt dann das angestrebte weitere gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Somit ergibt sich bei ‚Grenzöffnung' und ‚verstärkter räumlicher Spezialisierung' Folgendes:
1. Die landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz verliert Anteile am einheimischen Markt.
2. Der Landwirtschaft wird empfohlen, den verlorenen Inlandabsatz im Export zu ersetzen. Der Export kann jedoch kaum im Frischbereich stattfinden, sondern eher im verarbeiteten Bereich. Da der Lebensmittelmarkt ein gesättigter Markt ist, wird die für den Export produzierende Verarbeitungsindustrie den Rohstoffpreis der einheimischen Produzenten weiter drücken, um im Export bestehen zu können. Besondere Qualität der Rohstoffe und Know-how in der Verarbeitung wie „Swissness", „gentechfrei", etc. sollen nach Auffassung der Verarbeitungsindustrie und auch der Biosuisse demgegenüber einen höheren Endpreis sichern helfen.
3. Die Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips erfolgt in der Absicht, dieser Entwicklung nachzuhelfen. Es wird eine Veränderung des Angebotes bewirkt. Was

das für die Verteiler — mit ihren bisher hohen Margen — bedeutet, bleibt offen. Jedenfalls ändert sich die Wahrnehmung der angebotenen Qualität sehr deutlich und damit verändern sich auch die Bedingungen des Kulturprozesses, der ja bisher die Grundlage höherer Qualitätsstandards wie „Swissness“ darstellte. Mit anderen Worten, das Cassis-de-Dijon-Prinzip erodiert gezielt die inländischen hohen Qualitätsstandards.
Durch Billigimport und Freihandel wird eine räumliche Verschiebung der Lebensmittelproduktion bewirkt. Der im Inland verlorene Absatzmarkt soll im Export im oberen Qualitätssegment ersetzt werden. Ob ein Qualitätsbewusstsein bei den Konsumenten, die immer stärker vom einheimischen ganzheitlichen Stoffkreislauf der Selbstversorgung durch die Importöffnung getrennt werden, auf längere Dauer stabil bleibt, ist ungewiss. Denn Billigkonkurrenz aus anderen Ländern mit völlig anderen Produktionsbedingungen verändert die Wahrnehmung auch unserer Konsumenten auf der Ebene der Warenwelt. Die ganzheitliche Ernährung — in einem nachhaltig regionalen Stoffkreislauf — wird gleichsam genötigt, in Konkurrenz zu treten mit den Billigangeboten ohne Einblick in deren Produktionsbedingungen. Diese Segmentierung bzw. fortschreitende Zerklüftung der Warenwelt wird fälschlich (auch von der Biosuisse) als ‚Angebotsvielfalt’ gedeutet. Die ‚Öffnung’ bzw. ‚Liberalisierung’ wird ausländische Marktakteure zunehmend ermuntern, weiter darauf hinzuwirken, Produkte mit in der Schweiz nicht geläufigen Produktionsbedingungen durchzusetzen und allfällige Qualitätsdiskussionen als Handelsdiskriminierung anzugreifen. Die einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips geht sogar noch weiter in diese Richtung und anerkennt aus Prinzip alle Standards, die in irgendeiner Region der EU zugelassen bzw. in Anwendung sind. Dabei soll die Schweiz nicht einmal Gegenrecht halten dürfen, das heisst, die ungehinderte Zulassung der schweizerischen Ware bleibt ungewiss.

Es handelt sich also um eine Auseinandersetzung darüber, wer Zugriff auf die genannten 2 Mrd. Fr. frei werdender Kaufkraft bekommt? Bleiben die 2 Mrd. Franken weiterhin als Einkommen der einheimischen Landwirt- und Lebensmittelwirtschaft erhalten oder soll diese Kaufkraft, durch Umstellung auf billigen Nahrungsmittelimport freigemacht, auf den allgemeinen Konsum umgelenkt werden können? Wenn es um die Schaffung zusätzlichen Wachstums geht, dann lautet die gestellte Aufgabe, wie können geschlossene Versorgungskreisläufe aufgebrochen werden, um den wirtschaftlichen Prozess auszuweiten?
Dieser generelle Warenkonsum kann jedoch so nicht endlos erweitert werden. Die Landwirtschaft und die Konflikte um eine sichere und gesunde Ernährung bieten den besten Anschauungsunterricht.
Wir fragen: Macht es Sinn in einer Zeit, wo für die ganze Wirtschaft nach Alternativen gesucht wird, um aus diesem zu hohen Ressourcenverschleiss herauszukommen, dass nun der ganze Ernährungsbereich ausschliesslich nach dem Muster der industriellen Waren- und Wachstumswirtschaft, gleichsam in letzter Minute, umgekrempelt werden soll? Zudem waren wir uns einmal einig, die Landwirtschaft und die Ernährung aus der Freihandelskonkurrenz herauszuhalten. Die Gründe sind nicht widerlegt worden. Man hat sie nur unter dem Druck, dass immer weitere Möglichkeiten für anhaltendes wirtschaftliches Wachstum geschaffen werden müssen, zunehmend verdrängt.
Die nachhaltige Lebensmittelversorgung, dass heisst, die Sicherung der Ernährung, bleibt unsere Aufgabe.
HB

## SVIL Tagung 2007
# Kartellrecht und Ernährungspolitik
## Bauern und Konsumenten zwischen Kartellrecht und Wachstumswirtschaft
11. Oktober 2007, Hotel Zürich Marriott

Ein Teil der Lebensmittelverarbeitungsindustrie geht davon aus, dass sie bei geöffneten Grenzen im Export besser wachsen könne. Wie vorhandene Preisunterschiede zwischen dem schweizerischen Produktionsstandort und den Exportmärkten durch Rationalisierungen und Qualität in der Verarbeitung bewältigt werden können, das habe die Nonfood-Industrie längstens gezeigt.
Bei der landwirtschaftlichen Frischproduktion für den Binnenmarkt sind diese industriellen Kostensenkungsmöglichkeiten nur beschränkt vorhanden. Deshalb werden bei abnehmender Preisstützung bzw. Grenzschutz die Preisdifferenzen der konsumnahen Landwirtschaft zwischen hochentwickelten Ländern wie der Schweiz (hohe Kaufkraft, starke Währung) und Niedriglohnländern immer drückender.

Was tun?
Welches sind die organisatorischen Möglichkeiten einer konsumnahen Landwirtschaft und welche rechtlichen und volkswirtschaftlichen Voraussetzungen braucht es für ein solches qualitativ hochstehendes Angebot aus dem eigenen Lebensraum der Konsumenten? Wie steht es um Massnahmen, welche die Menschen untereinander zum Schutz ihrer Ernährungssicherheit und Unversehrtheit treffen? Sind dies bereits Absprachen, die gegen die Prinzipien des Marktes verstossen?

Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Jahrestagung 2007 der SVIL. Im ersten Teil wurden aus rechtlicher, volkswirtschaftlicher und historischer Sicht die Rahmenbedingungen und die Strategien der Akteure aufgezeigt. Im zweiten Teil zeigten Vertreter von Produzenten und Konsumenten wie auch der Verarbeitung auf, welche konkreten Auswirkungen die bisherigen und neuen Rahmenbedingungen auf das Verhalten der Akteure haben.

Es ist offensichtlich, dass die herrschende Wachstumswirtschaft dazu führt, dass die Landwirtschaft in den wirtschaftlich hochentwickelten Volkswirtschaften ohne Schutzmassnahmen verkümmern müsste. Sie wurde deshalb immer aus Gründen der Ernährungssicherung gestützt. Die Stützungen haben jedoch die Ursachen, welche den Schutz nötig machten, nicht behoben. Unsere Zeit krankt daran, dass sie die Ursachen, warum eine hochentwickelte Landwirtschaft in einem hochentwickelten Land gestützt werden muss, aus den Augen verloren hat. Das führt dazu, dass die Stützung der Landwirtschaft auf einmal als die Ursache der vorhandenen Konflikte betrachtet wird und deshalb nur die Beseitigung der Stützungen verlangt wird. Heute erkennen wir, dass die Beseitigung der Stützung das Problem nicht löst, weil die Stützungen nicht die Ursache der Gefährdung der Landwirtschaft in hochentwickelten Ländern sind.

Die SVIL sucht deshalb näher bei den Ursachen anzusetzen. Die Ernährung muss als ganzheitlicher Vorgang von Produktion und Konsum verstanden werden. Die SVIL hat seit 10 Jahren vorgeschlagen, dass die Produzenten ihre schwache und atomisierte Stellung beim Verkauf der Lebensmittel durch einen Dienstleistungspool stärken müssen. Der Verkauf der Ware muss gebündelt erfolgen. Nur so kann die inzwischen stark konzentrierte Abnehmerfront pariert werden. Eine solche gebündelte Geschäftsstruktur in den Händen der Produzenten gestattet auch eine bessere Marktübersicht und eine bessere Bearbeitung des Absatzes bis zu den Konsumenten. So können die Argumente, was Lebensmittel sind, bis zum Konsumenten vorgebracht werden. Verkaufen heisst, die Leistungen und die Preise zu kommunizieren.

Zwischen Volkswirtschaften unterschiedlicher Kaufkraft gab es immer schon Preisunterschiede. Grenzöffnung und Stützungsabbau treffen die Landwirtschaft und die Lebensmittelverarbeitungsindustrie jedoch ungleich stark. Damit solche Preisgefälle sich in sensiblen Bereichen wie der frischen und qualitativ hochstehenden Lebensmittelversorgung nicht zerstörend auswirken, haben Bauern und Konsumenten immer schon alternative Organisationsformen der Absatzmittlung - ohne staatliche Regulierung - entwickelt.

Gibt es auch heute wieder Erfolg versprechende und zukunftsfähige Strategien für Bauern und Konsumenten? Welches sind die organisatorischen Möglichkeiten einer konsumnahen Landwirtschaft und welche rechtlichen und volkswirtschaftlichen Voraussetzungen braucht es für ein solches qualitativ hochstehendes Angebot der Landwirtschaft aus dem Lebensraum der Konsumenten?

Der Historiker **Peter Moser**, Gründer und Leiter des Archivs für Agrargeschichte, Zollikofen, ging der Frage nach, wie sich Gesellschaften in globalisierten Märkten verhalten? Globalisierung geht zurück bereits auf das 19. Jahrhundert, wo im heutigen OECD-Raum eine starke Integration der Märkte für Waren, Kapital und Arbeit stattfand. Mit dem Ersten Weltkrieg brach dieser Prozess ab und findet erst heute wieder eine gross angelegte Verbreitung. Da solche Prozesse nachweislich nicht gradlinig verlaufen und zudem wesentlich durch die Verwendung von fossiler Energie ermöglicht wurden, stellt sich die Frage, wie Konsumenten und Produzenten von Lebensmitteln auf diese unsichere Situation reagieren und in der Vergangenheit reagiert haben? Peter Moser zeigt, wie die Aktiengesellschaft die adäquate Rechtsform für die industrielle Entwicklung darstellt, wie jedoch die Genossenschaften ein geeigneteres Instrument sind, um „die Organisation der nachhaltigen Nutzung lebender, wieder herstellbarer Ressourcen wie Tiere und Pflanzen“ zu entwickeln. „Bildung“, „Modernisierung“ waren zentrale Anliegen und Momente der Genossenschaften. Im Schweizerischen Genossenschaftsbund haben sich die Konsumgenossenschaften und die landwirtschaftlichen Genossenschaften am Ende des 19. Jahrhunderts erstmals zusammengeschlossen. „Dieser Zusammenschluss war zwar nur lose und von kurzer Dauer, aber er ist ein wichtiges Symbol für die Gemeinsamkeiten von Produzenten und Konsumenten.“ Die Genossenschaften haben als Folge der Krisensituation im Ersten Weltkrieg wichtige Regulierungs- und Verteilfunktionen übernommen, wobei sie in dieser Extremsituation des service publique auch ihr kreatives Potential eher eingebüsst haben. Agrarpolitik, so zeigte Peter Moser, ist zur Sicherstellung des Konsums der ganzen Bevölkerung entstanden und nicht etwa zur Regulierung der Belange der landwirtschaftlichen Produktion gegen die Bedürfnisse der Konsumenten. Diese ‚Sicht’ der Dinge sei vermutlich eine Folge der ständig grösser werdenden Distanz zwischen Produzenten und Konsumenten durch die starke Konzentration in Verarbeitung und Verteilung. Die Wahrnehmung der Konsumenten über die Produktionsbedingungen der Lebensmittel und damit auch über die realen Tatsachen, die bewirken, dass unser Tisch stets gedeckt ist, sei realitätsfremd. Der Blick in die Vergangenheit zeigt, so der Historiker Peter Moser, dass es auch im Bereich der Ernährung absolute Knappheiten gibt.

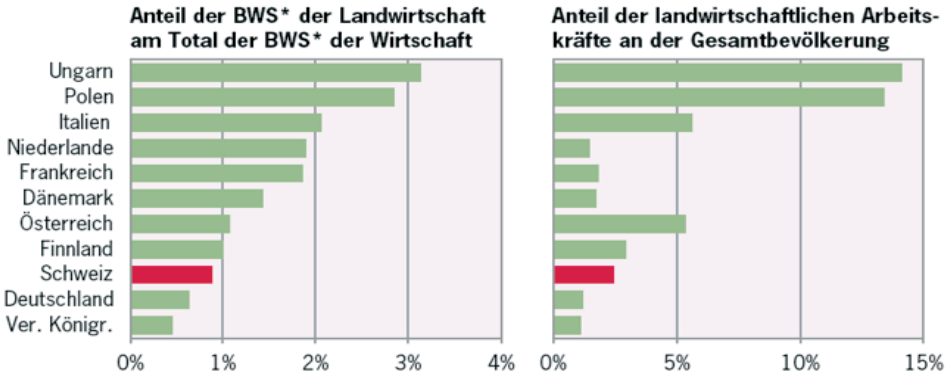
**Mathias Binswanger**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz, prägte einleitend den Satz, „Freihandel führt nicht zur Befreiung der Bauern, sondern zur Befreiung der Schweiz von den Bauern“. Mit der Gegenüberstellung von Bruttowertschöpfung und dem Anteil der landwirtschaftlichen Arbeitskraft an der Gesamtbevölkerung zeigte Binswanger, dass der Beitrag der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung mit fortschreitendem Strukturwandel abnimmt. Wenn der immer geringere Beitrag der Landwirtschaft in der Schweiz an der Bruttowertschöpfung beklagt wird, so ist das die Folge, dass einerseits die übrige Wirtschaft sich stark entwickelt hat und andererseits ein immer geringerer Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft verblieben ist. Umgekehrt ist aus bekannten Gründen die Steigerung des Produktionsausstosses in der Landwirtschaft (wir essen immer gleich viel) gegenüber der Industrie limitiert. Der Ertrag pro Fläche kann nicht gesteigert werden. Es gibt hier Grenzen der Biologie und der Ökologie. Entsprechend hat sich dennoch in der Schweiz eine gewisse Spezialisierung herausgebildet: Der Selbstversorgungsgrad liegt (2004) bei den Milcherzeugnissen beinahe bei 100 Prozent. Bei Fleisch und Kartoffeln bei gut 80%, bei Getreide, Ölen und Fetten, Gemüse und Obst bei der Hälfte und knapp darunter.

Gesamthaft lag der Selbstversorgungsgrad lange bei 60% mit sinkender Tendenz. Prof. Binswanger zeigte auch, dass seit der Mitte der 90er Jahre bei sukzessiv sinkender Inlandproduktion Export und Import stetig steigen, wobei die Importe stärker zunehmen als die Exporte.

Bei leicht gestiegenem Produktionsausstoss hat der

Je entwickelter die Volkswirtschaft - umso geringer der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung.

**Bruttowertschöpfung (BWS*) und landwirtschaftliche Arbeitskräfte, 2005**




Die Entwicklung der Produktionsmengen in der Landwirtschaft ist gesamthaft an den Boden und die Natur gebunden.
Es gibt in der Landwirtschaft kein Wachstum wie in der Industrie.

## Produktion, Ertrag und Einkommen

**Tierische Produktion** [1]
In Tausend Tonnen

| | 1996 | 2000 | 2005 |
|---|---|---|---|
| Fleisch | | | |
| Rindvieh | 159 | 128 | 132 |
| Schweine | 220 | 225 | 236 |
| Schafe | 6 | 6 | 6 |
| Geflügel | 41 | 49 | 58 |
| Kuhmilch (total) | 3 862 | 3 872 | 3 933 |
| Hühnereier | 38 | 40 | 39 |

[1] Verwendbare Produktion

Quelle: Schweizerischer Bauernverband

**Pflanzenproduktion** [1]
In Tausend Tonnen

| | 1996 | 2000 | 2005p |
|---|---|---|---|
| Getreide | 1 317 | 1 169 | 1 103 |
| Kartoffeln | 731 | 601 | 529 |
| Zuckerrüben | 1 142 | 1 408 | 1 409 |
| Gemüse | 343 | 310 | 301 |
| Obst (inkl. Trauben) | 673 | 703 | 552* |
| Grünfutter | 19 342 | 20 474 | 19 362* |
| Silomais | 1 048 | 1 173 | 1 343* |

p: provisorisch

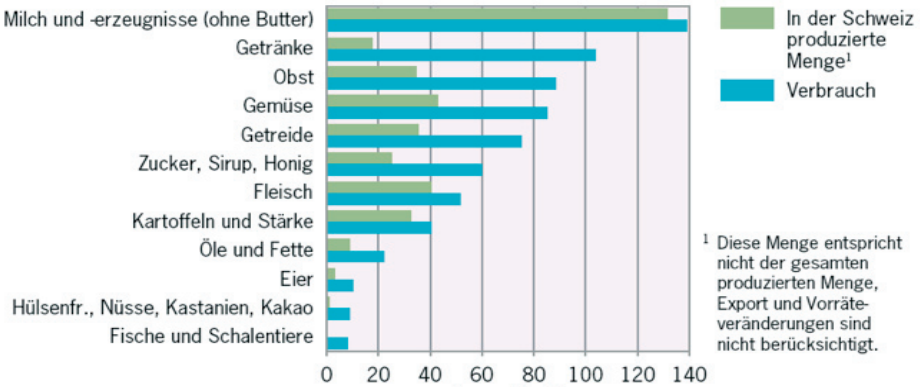
Quelle: Schweizerischer Bauernverband

* Werte 2004

[1] Bruttoproduktion minus Verluste auf dem Feld und auf dem Betrieb

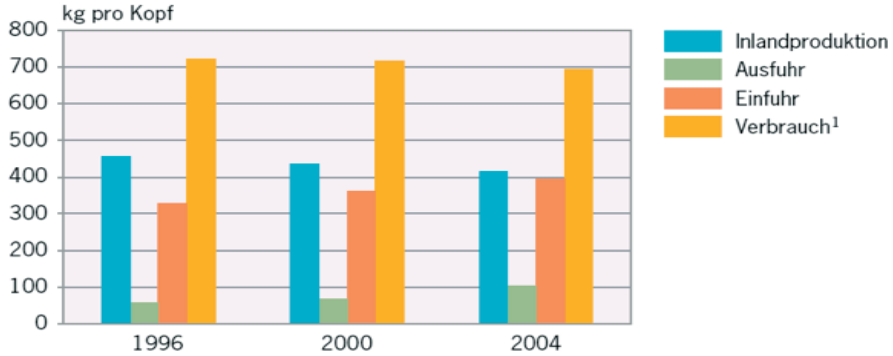
Charts, Prof. Mathias Binswanger

## Nahrungsmittelverbrauch, 2004




Tiefer Selbstversorgungsgrad bereits heute.

## Inlandproduktion, Import, Export und Verbrauch

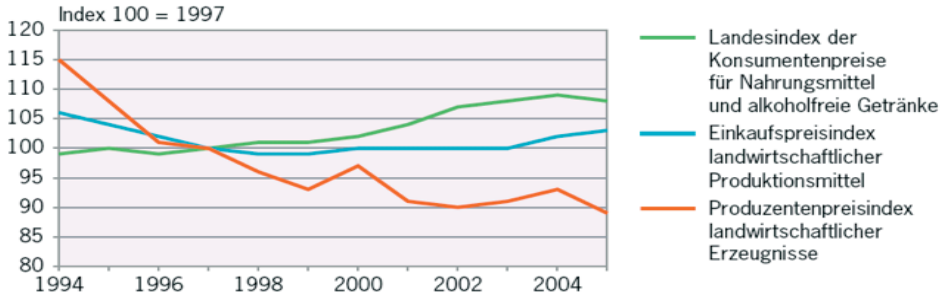



[1] Vorräteveränderung berücksichtigt

Aufgrund der Zunahme der Futtermittelimporte in den letzten Jahren ist der Rückgang des Netto-Selbstversorgungsgrades noch ausgeprägter als jener des Brutto-Selbstversorgungsgrades. Er sank zwischen 1990/92 und 2002/04 von 58 auf 53 Prozent.

Die Einfuhren übersteigen allmählich die Inlandproduktion — obwohl noch kein Agrarfreihandel durchgesetzt ist ...

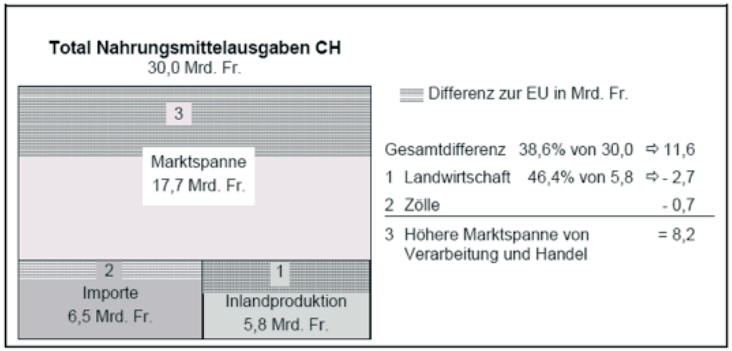
## Preisindex




... und dennoch steigen die inländischen Ladenpreise an, ob wohl die inländischen Produzentenpreise ständig sinken.Diese Preissenkungen und die sinkenden Beschaffungskosten aufgrund der zunehmenden Importe kommen beim Konsumenten nicht an: er bezahlt steigende Preise!

Charts, Prof. Mathias Binswanger

**Zusammensetzung der Schweizer Nahrungsmittelausgaben 2002/04**

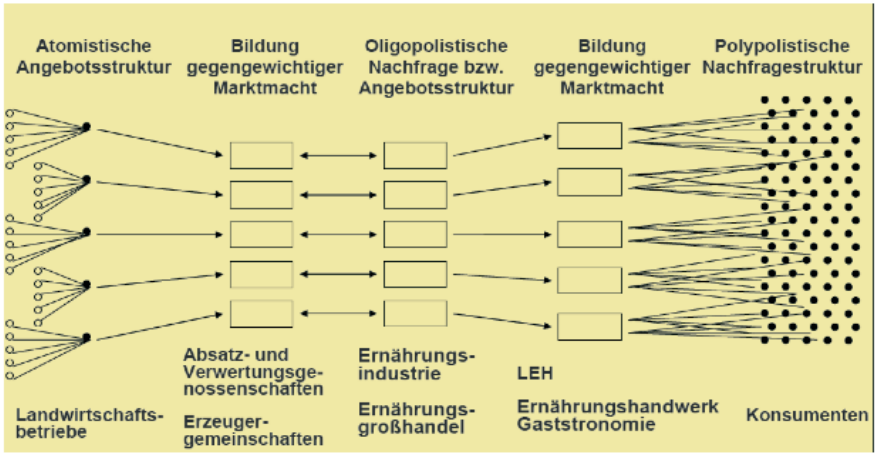



*Quellen:* BLW, BFS, SBV, Eurostat, ZMP, Agreste, SNB, swissimpex

In den USA hat das Department of Agriculture geschätzt, dass der Wertschöpfungsanteil der Landwirtschaft an einem Warenkorb von Lebensmitteln im Schnitt 24 Prozent beträgt. Die Verpackung macht etwa 12 Prozent aus.

Richtet sich die Marktspanne nach den Preisen, die der Markt bietet, oder nach der Marktmacht? In der Diskussion gab es dazu kontroverse Meinungen. HB

# Countervailing Power




Charts, Prof. Mathias Binswanger

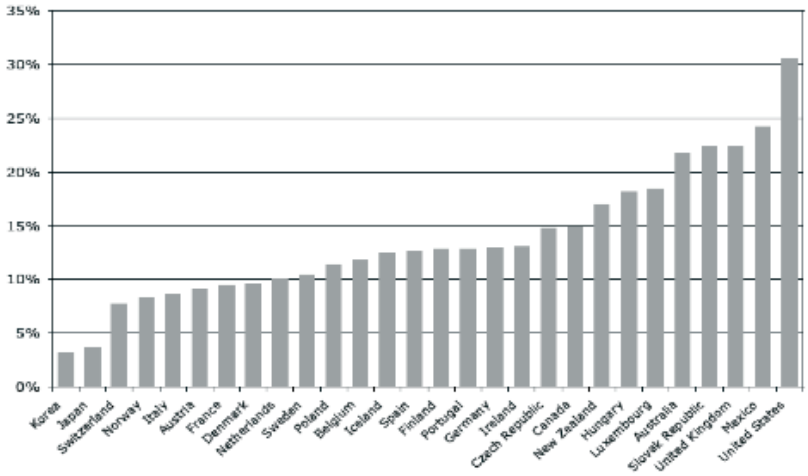



**Figure 1.** Obesity across countries

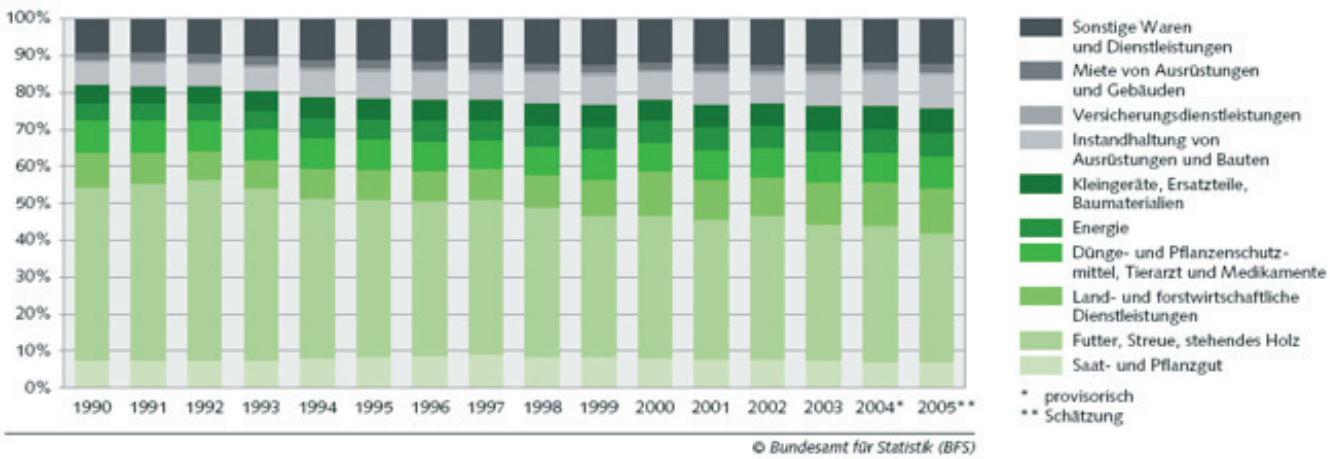
*Note:* Percentage of population aged 15 and over, with a BMI greater than 30 (2003 or latest available year).

*Source:* OECD Factbook 2005.

Jene Länder, die ihre eigene Landwirtschaft stark schützen, fallen durch gesündere Essgewohnheiten und einen tiefen body mass index auf.

Veränderung der Zusammensetzung der Vorleistungen in der Landwirtschaft: Die erneuerbaren Rohstoffe bzw. die erneuerbare Na-tur-grundlage wird immer unbedeutender, das heisst, die erneuerbare Lebensgrundlage wird unter dem Wachstumsdruck zunehmend durch die nichtereneuerbaren Ressourcengrundlagen bzw. durch einen sich in die Ernährungsproduktion ausdehnenenden Industrieprozess ersetzt.unbedeutender, das heisst, die erneuerbare Lebensgrundlage wird unter dem Wachstumsdruck zunehmend durch die nichtereneuerbaren Ressourcengrundlagen bzw. durch einen sich in die Ernährungsproduktion aus-dehnenenden Industriepro-zess ersetzt. (HB)

**Vorleistungsgüter (Waren und Dienstleistungen) des Primärsektors, nominelle Verteilung, 1990–2005** G 8




© Bundesamt für Statistik (BFS)

Charts, Prof. Mathias Binswanger

Produktionswert der schweizerischen Landwirtschaft im Vergleich mit den umliegenden EU-Ländern seit Anfang der 90er Jahre bis 2006 deutlich abgenommen, während er etwa für Frankreich gestiegen ist. Das Nettounternehmenseinkommen der Schweizer Landwirtschaft hat im genannten Zeitraum um 28.3% abgenommen, während die Preise auf dem Ladentisch gestiegen sind. Die enormen Veränderungen in der Landwirtschaft haben keine Stabilisierung der Einkommenssituation der Landwirte bewirken können. Binswanger führt das auf den Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse zurück, wo viele kleine Anbieter (Bauern) und wenige sehr grosse und unelastische Nachfrager aus Verarbeitung und Verteilung einander gegenüberstehen. Es wird immer gleich viel gegessen. Bei einer kleinen Mehrmenge sinkt der Preis enorm. Das macht sich der Handel zunutze und lässt die Bauern in der sog. „Tretmühle" (Cochrane) viel produzieren, aber preislich nicht vom Fleck kommen. „In diesen Fällen kann der Marktpreis durch die Nachfrager beeinflusst werden und wird dadurch zu einer *strategischen* Variable. Im Allgemeinen resultiert ein geringerer Preis im Vergleich zu einem Markt mit vielen Nachfragern, und der Monopsonist (bzw. die Oligopsonisten) erzielt einen höheren Gewinn auf Kosten der Anbieter." Diese Voraussetzungen und das Interesse der Verarbeiter/Verteiler, die eigene Wertschöpfung zu entwickeln, führen zu einem immer geringeren Anteil der Landwirtschaft am Konsumentenfranken. Dies wiederum weist darauf hin, dass eine gewisse Anpassung der Produzentenpreise am Ladenpreis nicht viel ausmacht. Denn die genannte schwache Stellung der Landwirtschaft am Markt führt dazu, dass die Produzentenpreise, welche die Bauern lösen, ständig sinken, während die Konsumentenpreise, welche die Verarbeiter/Verteiler am Ladentisch verlangen, ständig steigen — und dies mit und ohne Agrarreform.
Prof. Binswanger schlägt deshalb auf Seiten der Produzenten die Bildung von gegengewichtiger Marktmacht (countervailing power) vor, um die schwache Position der vielen einzelnen landwirtschaftlichen Anbieter zu stärken.

**Paul Richli**, Professor Ordinarius für öffentliches Recht, Agrarrecht und Rechtsetzungslehre an der Universität Luzern, untersuchte, inwiefern das Kartellrecht die bäuerliche Zusammenarbeit erlaubt oder einschränkt. Gemäss Art. 96 BV erlässt der Bund „Vorschriften gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen und anderen Wettbewerbsbeschränkungen". In Art. 104 BV ist vorgesehen, dass der Bund „ergänzend zur zumutbaren Selbsthilfe der Landwirtschaft und nötigenfalls abweichend vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit ... die bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Betriebe fördert." Artikel 8 des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) regelt die Selbsthilfemassnahmen: „1 Die Förderung der Qualität und des Absatzes sowie die Anpassung der Produktion und des Angebotes an die Erfordernisse des Marktes sind Sache der Organisationen der Produzenten und Produzentinnen oder der entsprechenden Branchen. 2 Als Branchenorganisation gilt der Zusammenschluss von Produzenten und Produzentinnen einzelner Produkte oder Produktgruppen mit den Verarbeitern und gegebenenfalls mit dem Handel." In Art. 8a LwG sind Richtpreise möglich, aber unverbindlich: „1 Die Organisationen der Produzenten und Produzentinnen einzelner Produkte oder Produktegruppen oder der entsprechenden Branchen können auf nationaler oder regionaler Ebene Richtpreise herausgeben, auf die sich die Lieferanten und die Abnehmer geeinigt haben. 2 Die Richtpreise sind nach Qualitätsabstufungen differenziert festzulegen. 3 Das einzelne Unternehmen kann nicht zur Einhaltung der Richtpreise gezwungen werden."
Solche Selbsthilfemassnahmen kann der Bundesrat in Art. 9 nur dann für allgemein verbindlich erklären, wenn Einzelunternehmen solche Aktivitäten gefährden. Und weiter: „3 Im Bereich der Anpassung der Produktion und des Angebotes an die Erfordernisse des Marktes kann der Bundesrat ausschliesslich Vorschriften erlassen für den Fall ausserordentlicher Entwicklungen, die nicht durch strukturelle Probleme bedingt sind." Die Frage ist, was unter „strukturellen Problemen" verstanden wird?
[Tiefe Produzentenpreise sind, wie die Ausführungen von Prof. Mathias Binswanger gezeigt haben, gerade strukturell und strategisch bedingt. Wenn nun der Bundesrat die Allgemeinverbindlichkeit von Masssnahmen nur „für den Fall ausserordentlicher Entwicklungen" erklären kann, dann stellt sich die Frage, was dies denn noch sein könnte? Denn offensichtlich möchte die OECD die aktuelle, verschärfte Hungerkrise weiterhin und erst recht

durch ‚mehr Markt in der Landwirtschaft' lösen. Und an den Luzerner Agrarrechtstagen vom 6. u. 7. Juni 2008 hat Rudolf Walser, senior consultant der Avenir Suisse, ehemals economiesuisse, die verschärfte Volatilität der Agrarmärkte lediglich als eine in den Finanzmärkten bereits bekannte Erscheinung taxiert, mit der zu leben sei. HB]

Was können die Produzenten tun?
Das Kartellgesetz (KG) stellt in Art. 3 Vorschriften unter „Vorbehalt", „die eine staatliche Markt- oder Preisordnung begründen". Wertbewerbsabreden (Art. 4 KG) sind „rechtlich erzwingbare oder nicht erzwingbare Vereinbarungen sowie aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen von Unternehmen gleicher oder verschiedener Marktstufen, die eine Wettbewerbsbeschränkung bezwecken oder bewirken."
Unzulässige Wettbewerbsabreden sind: KG Art. 5, Abs. 3: „Die Beseitigung wirksamen Wettbewerbs wird bei folgenden Abreden vermutet, sofern sie zwischen Unternehmen getroffen werden, die tatsächlich oder der Möglichkeit nach miteinander im Wettbewerb stehen:
a. Abreden über die direkte oder indirekte Festsetzung von Preisen;
b. Abreden über die Einschränkung von Produktions-, Bezugs- oder Liefermengen;
c. Abreden über die Aufteilung von Märkten nach Gebieten oder Geschäftspartnern."
Abs. 4: „Die Beseitigung wirksamen Wettbewerbs wird auch vermutet bei Abreden zwischen Unternehmen verschiedener Marktstufen über Mindest- oder Festpreise sowie bei Abreden in Vertriebsverträgen über die Zuweisung von Gebieten, soweit Verkäufe in diese durch gebietsfremde Vertriebspartner ausgeschlossen werden."
Zum Verhältnis von Landwirtschaftsgesetz und Kartellgesetz stellt Prof. Richli fest, dass das Landwirtschaftsgesetz zwar erlaubt, Richtpreise aufzustellen, dass aber die flächendeckende und verbindliche Durchsetzung ausdrücklich negiert wird: Art. 8, Abs. 3 LwG: „3 Das einzelne Unternehmen kann nicht zur Einhaltung der Richtpreise gezwungen werden." Prof. Richli sieht ein Spannungsverhältnis zwischen KG und LwG als vorhanden. Art. 8, 8a, 9 und 36b LwG gehen dem KG prinzipiell vor, wobei bei Art. 8 LwG gewisse Fragen offen sind. Bundesrat und Gesetzgeber wollten der Landwirtschaft Selbsthilfespielräume eröffnen, die das KG zurückdrängen, aber bestimmt keine Milchkontingentierung auf Selbsthilfebasis mit staatlicher Absicherung ermöglichen. Ein Mengenmanagement (Absatzkooperation mit koordinierter Preisverhandlung) ist nach Ansicht von Prof. Richli durch Art. 8 und 36b LwG abgedeckt. So ist namentlich auch die Bildung eines Milchpools zulässig, jedenfalls soweit ein Absatz auch ausserhalb der Organisation möglich bleibt.

***

Die Frage stellt sich, ist das ausreichend? Müssen Trittbrettfahrer nicht besser eingebunden werden? Muss die Allgemeinverbindlichkeitserklärung durch den Bundesrat bezüglich Solidaritätsbeiträgen, Preisbeschlüssen etc. nicht auf alle Produzenten, ob sie nun einer repräsentativen Vertretungsorganisation angehören oder nicht, angewendet werden können? Die Tendenz, eine privatrechtliche Mengensteuerung anzustreben, besteht. Und es ist auch von den bestehenden Produzentenorganisationen her nahe liegend, vorhandene Schwergewichte politisch zu nutzen, um politisch verständlich zu machen, dass Lebensmittel keine Industrieware sind und folglich die dem Kartellgesetz zu Grunde liegende Handelsregelung im Bereich der Ernährung nicht sachgerecht ist. Es gilt jedoch festzustellen, dass gerade diese Fragen Gegenstand eines wirtschaftlichen und politischen Kräftemessens sind. Denn dass Lebensmittel zunehmend zu einer reinen Ware „denaturiert" werden, ist ein Thema, das den quantitativen Aspekt der ungleichen Angebots- und Nachfragemacht übersteigt.
Das ganze kreative Potential von Produzenten und Konsumenten sollte jedoch nicht allein auf der quantitativen Ebene der Marktmacht abgehandelt werden. Können Produzenten und Konsumenten gemeinsam diesen toten Punkt, nämlich dass Lebensmittel nicht beliebig Warencharakter haben und deshalb Handelsregeln nicht absolut anwendbar sind, überwinden?
Um diesen Bogen aufzuzeigen und zu diskutieren wurden Konsumenten, Verarbeiter und Produzenten zu kurzen Standpunkterklärungen eingeladen.

**Jacqueline Bachmann**, Geschäftsführerin des Konsumentenschutzes, stiess in die Richtung der Qualitätsüberlegung und stellte die Wertfrage in den Vordergrund. Wenn man die KonsumentInnen befrage, was sie für eine Landwirtschaft haben wollen, dann stehe sicher die Versorgung durch die regionale Landwirtschaft im Vordergrund. Die Einkaufswelt sei geprägt durch die beiden Grossverteiler. Letztlich interessiere, warum die Lebensmittel teurer werden und wie wir mit den Lebensmitteln umgehen, und nicht Diskussionen über Zollabbau, Grenzen, offene Märkte und Freihandelsverträge etc.. Das interessiere die KonsumentInnen am Schluss wenig, meinte die Geschäftsführerin des Konsumentenschutzes. In der Diskussion befürwortete Bachmann den Zusammenschluss der Produzenten und den Aufbau von mehr Marktmacht, um zu verhindern, dass — wie bisher — die Produzentenpreise gesunken sind und in den Läden die Konsumentenpreise trotzdem gestiegen sind. Wenn ‚mehr Marktmacht der Produzenten' mit zusätzlich bzw. weiterhin einem Angebot an qualitativ hochstehenden Lebensmitteln diesen Konflikt beseitigen helfe, dann sei das im Interesse der KonsumentInnen. Deshalb sei der Konsumentenschutz bereit — auch gegenüber der Kartellkommission — den Zusammenschluss der Produzenten nicht als Absprachen zu behindern, sondern als Massnahme zu fördern, um den Konsumentennutzen zu sichern und zu verbessern, damit eine regionale, vielseitige Landwirtschaft erhalten werden kann.

**Markus Lüscher**, Landwirt, Fleisch- und Futtergetreideproduzent aus Schalunen, bekennt sich klar zu den geäusserten Konsumentenwünschen und will für diese Nachfrage ungestört produzieren können. Gesunde, naturnahe, gentechfreie Lebensmittelproduktion soll die Wertschöpfung in der Region behalten. Die politische Agenda des Bundesrates setzt jedoch anders lautende Traktanden: AP 2011, AP 2015, Agrarfreihandelsabkommen mit der EU, Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips und der Parallelimporte. Mit der Forderung zur Stärkung der Marktmacht der Produzenten weiss sich der Landwirt Lüscher nun der Unterstützung der Konsumenten sicher, um das Phänomen sinkender Produzentenpreise und steigender Konsumentenpreise gegenüber Verarbeitung/Verteilung zu korrigieren. Zusätzlich fordert Lüscher ein starkes Marketing aus der Hand der Produzenten. „Was nützt es, wenn niemand weiss, was wir produzieren? Solange wir das Marketing den Grossverteilern über das Direktzahlungskonto überlassen, machen wir den grössten Fehler in der schweizerischen Landwirtschaft. Das Marketing muss zurück zur Basis, zu den Basisorganisationen, so wie das früher zum Teil gemacht wurde. Dieses Marketing muss an die heutigen technischen Möglichkeiten angepasst werden."

**Dr. Balz Horber**, SFF, Direktor Schweizer Fleisch-Fachverband, Zürich, geht klar vom Szenarium der Marktöffnung aus und auch von steigenden Fleischpreisen. Damit sieht er eine Chance zur Verbesserung der Wertschöpfung der einheimischen Fleischindustrie gerade bei Marktöffnung. Horber möchte den Marktkräften und den Regulierungskräften des Marktes einen höheren Stellenwert geben als im Referat Prof. Binswanger, wo das Marktversagen aufgezeigt wurde. Und er macht die Aussage, die Steigerung des Importes belebe auch den Inlandkonsum einheimischer Produkte. Gleichzeitig postulierte Horber die Stärkung der regionalen Vermarktungsstrukturen. Diesen gibt Horber mehr Erfolgschancen als Massnahmen zur Erhöhung der ‚contervailing power'. Horber gibt zu bedenken, „dass von der Preisfront her die Verarbeiter und der Handel jene Preise zu realisieren versuchen, die ihnen der Markt ermöglicht. Und sie werden versuchen, diese Neuverteilung zu verhindern und ihren Anteil beizubehalten. Darum frage ich mich, ist eine Stärkung der Angebotsmacht nur unter Freihandelsbedingungen überhaupt möglich und sinnvoll? Und zwar deshalb, weil am Schluss jene Preise realisiert werden, die der Markt und der Grenzschutz überhaupt zulassen. Deshalb habe ich den Eindruck, dass man um diese Freihandelsdiskussion nicht herumkommt. Und dann kommen natürlich die Gemüseproduzenten, die dagegen sind, etc.. Handel und Verarbeitung haben heute die Margen und Preise, die der Grenzschutz zulässt. Wenn Produzenten und Konsumenten hier korrigierend eingreifen wollen, sollen sie nicht einen Pool bilden, sondern auf den Freihandel umschwenken."

**Stefan Hagenbuch**, Leiter Bereich Internationales & Marktfragen, SMP, Bern, legte eine Entwicklungsstrate-

gie vor, welche eine Erhöhung des Einkommens und die Bildung eines Milchpools beinhaltet. Bei Vollmilch Past sind die Preisunterschiede zur umliegenden EU verschwunden, bei Butter und Rahm haben sich die Preisdifferenzen halbiert und der Mozzarella ist im Ausland sogar teurer. Bei alldem hat der Schweizer Konsument gemessen an seiner Kaufkraft ohnehin die billigsten Lebensmittel der Welt. Die Probleme, welche es zu lösen gilt, sind: der Rückzug des Bundes aus der Marktstützung und Mengensteuerung, das genannte strukturelle Ungleichgewicht zwischen Anbieter und Nachfrager und der ungenügende Arbeitsverdienst aus der Milchproduktion. Dieser kann um Fr. 6.-/Stunde erhöht werden, wenn der heutige Umsatz gehalten, der Absatz um 10 Prozent ausgedehnt, der Milchpreis mit Swissness-Bonus um 10 Prozent erhöht, die Produktionskosten um 15 Prozent gesenkt und ein Kuhbeitrag von Fr. 500.- ausgerichtet werden kann. Zusätzlich will der SMP einen nationalen Verkaufspool errichten. Der SMP sieht vor, dass die VMI, Schweizerische Vereinigung für Milchindustrie, über die BOM, Branchenorganisation Molkereimilch, mit dem Nationalen Milchpool verhandelt. Dabei schliesst die VMI Milchlieferverträge mit Cremo, ELSA, Emmi und Hochdorf/Swissmilk AG aus einer Hand ab und bezieht die Milch über die BOM vom Nationalen Milchpool. Der Nationale Milchpool ist der Zusammenschluss der Produzentenorganisationen und auch der Produzenten-Milchverwerter-Organisationen. In einem ersten Schritt sollen die grössten Organisationen wie Prolait, Lobag, ZMP und Nordostmilch AG dem Nationalen Milchpool beitreten. Der Pool beschränkt sich auf den Molkereimilchverkauf lediglich an die national tätigen Unternehmen und bündelt so maximal die Hälfte der Milchproduktion. Der Milchverkauf auf lokaler und regionaler Ebene wird durch den Pool nicht beeinflusst. Mit dem Pool streben die Milchproduzenten lediglich ein strukturelles Marktgleichgewicht an. Nicht Verknappung, sondern Mengenausdehnung ist strategisches Ziel. Wettbewerbsrechtlich gibt es unter diesen Umständen kein Problem, weil die Konzentration in Verarbeitung und Verteilung grösser ist, erläuterte Hagenbuch.
In der Diskussion wies Hagenbuch nochmals darauf hin, dass Marktmacht beim Preis eben eine grosse Rolle spielt und dass die Konsumenten gar nicht die Ursache des Problems sind. Die bisher erreichte Erhöhung von 6 Rappen führt zu einem Mehreinkommen beim Produzenten von Fr. 600.- pro Monat und beim Konsumenten ist es nicht einmal die Hälfte des Preises eines Café crème. Zusätzliche Vorteile des Nationalen Milchpools sieht Hagenbuch in der besseren Planbarkeit durch Abstimmung von Angebot und Nachfrage für Normalbedarf, weniger Störungen durch Spotmilchmarkt, Kosten sparende Vereinfachung beim Milchkauf, Steigerung der Marktstabilität, kein Einfluss auf Wettbewerb zwischen Unternehmen. Lokale und regionale Käsereien, Klein- und Mittelmolkereien werden vom Pool nicht beeinflusst. Die Vorteile liegen durchwegs im technischen, logistischen und administrativen Bereich. Die Frage, wie das Lebensmittel Milch zum Konsumenten kommt, wie es ihm erläutert und verkauft wird, steht hier nicht im Vordergrund.

**Nicolas Fellay**, VSGP, Direktor, Verband Schweiz. Gemüseproduzenten, Bern, unterstützt es, dass sich die Produzenten gut organisieren können, als Gegengewicht zu den Handelsstufen, die sich massiv organisieren und konzentrieren, und auch als Gegengewicht zu den Grossverteilern, die für ihre Dienstleistungen einen immer höheren Anteil am Ladenpreis verlangen. Fellay weist darauf hin, dass es einerseits Marktmacht gibt, aber es gibt auch die Realität des Kaufentscheides. Man versucht mit Suisse garantie unsere Produkte zu verkaufen; auf der anderen Seite wissen wir ganz klar, dass die Konsumenten erst am Verkaufsort sich entscheiden, was sie wollen. „Wir Produzenten müssen also die Möglichkeit haben, am Verkaufsort direkt dem Konsumenten zu zeigen, das ist Schweizer Gemüse“. Wir können uns mit Pooling etc. so gut organisieren, wie wir wollen, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, das Angebot zu differenzieren, dann haben wir überhaupt keine Chance, den Konsumenten zu überzeugen. Fellay hält nicht viel von Exportmöglichkeiten im Gemüsebau, der Export ist viel zu wenig differenzierbar. Wichtig ist, dass wir in der Schweiz unsere Strukturen auf Produktionsstufe und auch auf Handelsstufe entwickeln können.
Die Gemüsebauern wollen auch nicht, dass die Verbände sich einmischen. Der Pool, das ist schön und gut, sagt Fellay. Die Gemüseproduzenten sind heute eigenständig und müssen schauen, dass sie am Markt einen Platz

SMP·PSL

## Strategische Ziele 2015 + Resultat Übersicht:

- Strategische Ziele:
  - Umsatz mindestens halten ≥ 2.2 Mrd. CHF
  - Produktion + Absatz erhöhen + 10 Prozent
  - Swissness-Bonus (Basis EU-Milchpreis) + 10 Prozent
  - Senkung Produktionskosten - 15 Prozent
  - Direktzahlung pro Milchkuh 500 Franken
- Resultat:
  - Verbesserung Arbeitsverdienst + 6 Franken / h



SMP·PSL

## Strategische Ziele 2015: 10 % Swissness-Bonus

- 10 Prozent Swissness-Bonus für
  - weltweit beste Milchqualität
  - ökologische und naturnahe Milchproduktion
  - gentechfreie Fütterung
  - höchste Produktequalität
  - gelebte Tradition
  - hohe Innovationskraft



SMP·PSL

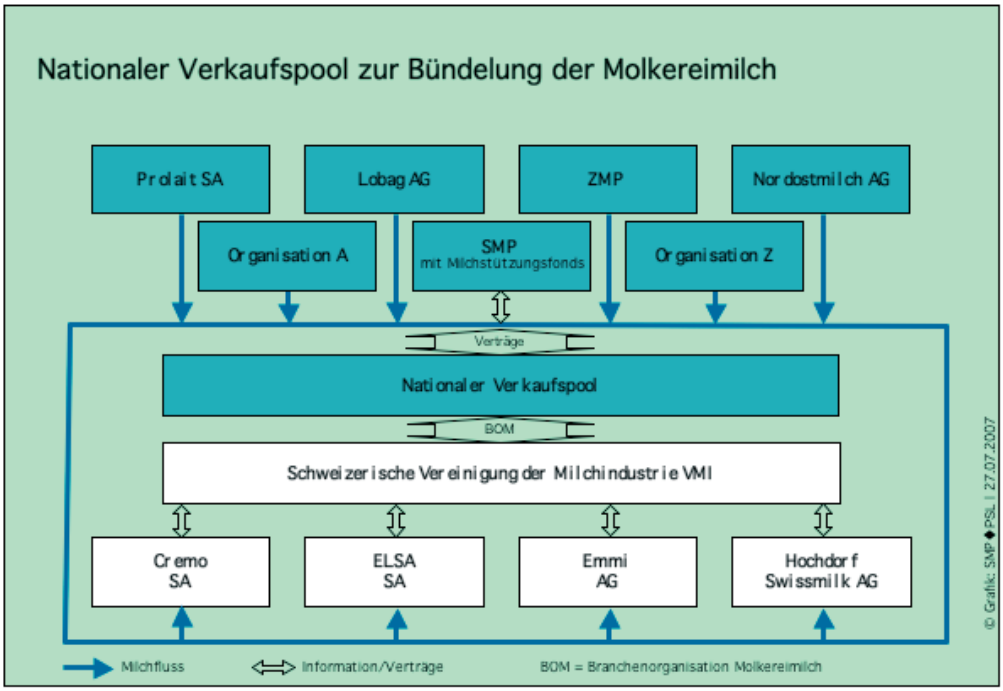
## HGF: Behindert der nationale Verkaufspool den Wettbewerb?

- Nein.
  - Der Pool beschränkt sich auf den Molkereimilchverkauf an die national tätigen Unternehmen. So wird der Pool maximal die Hälfte der Milchproduktion bündeln.
  - Der Milchverkauf auf lokaler und regionaler Ebene wird durch den Pool nicht beeinflusst.
  - Mit dem Pool streben die Milchproduzenten lediglich ein strukturelles Marktgleichgewicht an.
  - Nicht Verknappung, sondern Mengenausdehnung ist strategisches Ziel.



SMP·PSL

# Nationaler Verkaufspool: Schema






Charts SMP, Referat Stefan Hagenbuch

kriegen. Aber nur unter Druck entsteht die Möglichkeit zusammenzuarbeiten und der Druck kommt von Coop, Migros, Aldi usw.. Fellay spricht klar die Notwendigkeit an, dass die Bauern Anstrengungen ergreifen müssen, ihre Produkte an die Konsumenten zu verkaufen.

**Fazit der SVIL Tagung 2007**

Produzenten und Konsumenten erfahren die ökonomische Entwicklung der Lebensmittelmärkte als zunehmenden Konflikt. Woran liegt das? Marktöffnungsprozesse, weitere Verbilligung der Nahrungsmittel und der Konsumentenwunsch nach Lebensmitteln mit Qualität, nach sicherer Ernährung aus dem eigenen Lebensraum stimmen nicht mehr überein. Die Konsumenten suchen nach einem verständlichen Preis/Leistungsverhältnis. Sie stellen fest, dass Marktentwicklungen ohne ihr Wissen stattfinden, die sie gar nicht wollen, und dass Veränderungen stattfinden, zu denen sie als Konsumenten gar nicht gefragt werden. Die bäuerlichen Produzenten möchten den Konsumenten Lebensmittel verkaufen. Sie stellen einen riesigen, teils staatlichen, teils privaten kartellförmigen Apparat fest, der eigene Geschäftsziele hat, die eine intensivere Beziehung Produzenten — Konsumenten behindert und verhindert. Zu viel wird durch private kartellisierte und staatliche Strukturen geregelt, kontrolliert, (vom Kartellgesetz unbehelligt) fusioniert, etc.. Das Hauptanliegen der Landwirtschaft, an den Konsumenten heranzukommen und ihm ein kreatives und attraktives Angebot machen zu können, bleibt — trotz allen Reformen — unerreichbar. Und sogar jene Bauern, die auf diesem Weg des Verkaufens weit vorangekommen sind wie die Gemüsebauern, sind durch die propagierte ‚Öffnung' am meisten gefährdet.

Auf der Massnahmenebene zeigt sich das gleiche Dilemma: Die Erhaltung oder die Verbesserung lebensweltlicher Qualität erhöht zwar die Deckung der Bedürfnisse der Konsumenten und könnte die Wertschöpfung der Bauern stabilisieren und sogar verbessern, aber es zeitigt kein wirtschaftliches Wachstum in Sinne der Mehrung des investierten Kapitals. Deswegen hilft zur Zeit niemand ernsthaft auf diesem Weg Lösungsvorschläge zu fördern. Wirtschaftliches Wachstum ist leider nur möglich, wenn das Lebensmittel nicht lebensfrisch an den Konsumenten gemittelt, sondern wenn es zum Rohstoff eines industriellen Verarbeitungsprozesses wird, wo unter dem Wachstumsdruck ständig neue Verarbeitungen und Dienstleistungen (convenience) zugefügt werden. Dadurch werden diese Produkte immer naturferner und verlieren die Qualität als Lebensmittel. Damit verliert dieser industrielle Prozess auf Kosten der Lebensmittelqualität jeden Sinn. Weil das so ist, war das von Seiten der KonsumentInnen gegenüber der Landwirtschaft geäusserte Interesse an einer vertieften Kooperation die hoffnungsvolle Botschaft der Tagung. HB

## Versuch einer Lagebeurteilung

Der Bundesrat befürwortet den Agrarfreihandel mit der EU. Auch wird die WTO wieder in den Vordergrund gerückt, obwohl substantiell sich an der bestehenden Pattsituation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie zwischen der EU und den USA nichts geändert hat.
Zusammen mit dem Freihandelsentscheid des Bundesrates sind nun in letzter Zeit Allianzen und Bündnisse vermehrt lanciert worden, die sich in ihren Zielen von den an unserer Tagung im Oktober 2007 gezogenen Schlüssen unterscheiden.
Zusätzlich hat sich die Situation auf den Rohstoff- und Lebensmittelmärkten unter der Geldkrise so verschärft, dass nicht mehr genau feststellbar ist, ob die Preise für Lebensmittel wegen dem knappen Angebot oder wegen dem vermehrten Einstieg der Spekulationsgelder in den ohnehin schon stark konzentrierten Weltagrarhandel steigen. Deshalb sind Schlussfolgerungen, dass nun die schweizerische Landwirtschaft am Weltmarkt eine Chance erhalte, oberflächlich. Denn wenn die Agrarhandelspreise steigen, ist noch nicht gesagt, dass die Bauern mehr verdienen.
Es wird gesagt, die Schweiz habe ja genügend Kaufkraft und müsse nicht hungern. Damit sind wir wieder beim vor dem Ersten Weltkrieg geltenden Szenarium angelangt: Stark entwickelter Freihandel, zunehmende Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen und massive Eingriffe an den Geldmärkten. Alles Zeichen, dass die Märkte eben nicht funktionieren und die Politik Interventionen enormen Ausmasses beschliesst. Das heisst, ob Lebensmittel auf internationalen Märkten zur Verfügung stehen, unterliegt fremden politischen Beschlüssen. Die Geldkrise hat das nochmals deutlich vorgeführt.
Die bisher sichere Lebensmittelversorgung in den vergangenen 60 Jahren (auch mit Hilfe staatlicher Unterstützung) hat die Tücken der Versorgungsstörungen zu schnell vergessen lassen. Der aktuell sich verstärkende Versuch, die menschliche Ernährung zum Wachstumsmarkt für Investoren zu öffnen, macht zudem blind gegenüber den naturwissenschaftlichen Gesetzmässigkeiten, die das nicht erlauben.

Die jetzige Ernährungskrise hat im Parlament ein paar Voten bewirkt. Was daraus wird, muss sich erst noch zeigen. Die SVIL ist eine Gründung und eine Antwort auf die Ernährungskrise von 1918. Diese historische Erfahrung geriet immer mehr in Vergessenheit. Denn Ende der 60er Jahre und anfangs der siebziger Jahre war überwiegend die Konjunkturentwicklung von Interesse. In dieser Zeit wurde es für die SVIL immer schwieriger, die innenkolonisatorischen Entwicklungsanliegen zu vertreten und in der Öffentlichkeit Gehör zu finden. Ausser Anerkennung für den vergangenen Plan Wahlen wurde die SVIL nur noch mit vereinzelten Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft in Zusammenhang gebracht. Es war eine zunehmend schwierige Situation der Auseinandersetzung und der schwindenden Einsicht in die Notwendigkeit der Innenkolonisation. Der SVIL-Vorstand war zwar immer noch geprägt von jenen, die sich bisher u.a. stark an Wilhem Röpke orientiert hatten. Not Vital, Heinrich Wanner, Jörg Ursprung und auch Martin Hürlimann als Jüngster der Älteren vertraten die Auffassung, dass gerade die Freiheit nur mit einer eigenen Landwirtschaft gesichert werden könne. Es sei ein Hauptirrtum der planwirtschaftlich geprägten Gesellschaften, die bäuerliche Landwirtschaft zerstört zu haben. Dagegen widersprach zwar niemand, dennoch interessierte zunehmend nur noch die Konjunkturentwicklung. Die Innenkolonisation als das Hauptanliegen der SVIL wurde politisch immer weniger mitgetragen, weil schnell erkannt wurde, dass die Innenkolonisation die Konjunktur im Bereich des Siedlungswachstums begrenzen würde. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung sah Not Vital bereits 1976 jene Zeit voraus, in welcher all dies, was ab 1918 aufgebaut worden war, wieder vollständig in Frage gestellt werden würde.

Von 1992 bis 1996 hat die SVIL versucht, auf diese Entwicklung hinzuweisen. Das SVIL Symposium vom 1. Februar 1996 trug den Titel, „Verliert die Schweiz den Boden unter den Füssen?“
1999 haben wir zusammen mit Peter Moser und Rolf Steppacher den falschen Ansatz der Agrarreform analysiert und zu klären versucht, wo die Probleme der Landwirtschaft im Industriestaat liegen. (SVIL-Schrift Nr. 135)
2002 haben wir an der Expoagricole den Zusammenhang zwischen der Lebensmittelproduktion durch die

Landwirtschaft und den Lebensbedürfnissen der Konsumenten als Zyklus der Bedarfsdeckung, welche im Konflikt mit dem Wachstumszwang steht, thematisiert Der Beitrag über unsere Zukunftswerkstatt wurde ohne Begründung aus der Berichterstattung über die Expoagricole gestrichen.
2005 haben wir mit Ivo Muri die erodierende Wirkung der Geldwirtschaft auf Boden und Lebensmittelqualität zum Thema gemacht: „Gedanken eines Unternehmers, warum braucht die Industrie eine landeseigene Landwirtschaft mit genügend eigenem Boden? Wenn Menschen nichts zu essen haben, dann brauchen sie auch kein Geld mehr: Wie das Geld erfunden wurde und wie dies mit der Landwirtschaft zusammenhängt. Wie Wirtschaftskrisen entstehen, Menschen von Nahrungsmitteln abgeschnitten werden und wie wir dies verhindern könnten“. Peter Bisang sprach zum „Anlagegeldfluss in den Boden- und Immobilienbereich - Auswirkungen auf Gesamtwirtschaft und Gesellschaft“. Christine Held erläuterte die Bedingungen frischer, gesunder Lebensmittel.
2006 hat Prof. Hans Christoph Binswanger die Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Volkswirtschaft nochmals deutlich aufgezeigt in „Die wirtschaftlichen Zielsetzungen in Industrie und Landwirtschaft, Gemeinsamkeiten und Unterschiede“. Und Peter Moser hat die Mythenbildung um die angestammte Landwirtschaft in den Zusammenhang der verschärften Auseinandersetzung zwischen dem fossilen und dem nachhaltigen Ressourcenkonzept gestellt, „Industrie und Landwirtschaft, Wie die Gesellschaft seit Beginn der Industrialisierung mit ihrer Landwirtschaft umgeht?“
2007 haben wir nochmals vor dem Hintergrund des international vernehmbaren Donnergrollens der sich verschärfenden Ernährungskrise vorgeschlagen, dass Produzenten und Konsumenten enger zusammenrücken und gegenseitig zu einer qualitativ hochstehenden und sicheren Versorgung aus dem eigenen Lebensraum beitragen müssen.
Doch wir müssen feststellen, dass trotz der aktuellen Aufgeregtheit über die Hungerkrise viele sich schnell wieder hinter die Routine des Tagesgeschäftes zurückziehen und sich für zukunftsgerichtete Ideen kaum öffnen. Das System ist so stark, dass letztlich auch die Finanzkrise kein Umdenken bewirkt.

* * *

So könnte man den Eindruck gewinnen, es sei beinahe das Gegenteil von alledem eingetreten, was die SVIL in den letzten Jahren seit 1996 — nach Massgabe der bescheidenen vorhandenen Mittel — verfolgt hat:

- Die Konsumenten (insbesondre der Konsumentenschutz) verbünden sich (entgegen den Verlautbarungen an der SVIL Tagung 2007) mit dem Handel, wollen noch billigere Ernährung und befürworten den Agrarfreihandel.
- Die Bio-Suisse plädiert für Freihandel und verlegt den Bezug Produzenten—Konsumenten im eigenen Land auf das obere Kaufkraftsegment der EU. Die Geschäftsleitung der Bio-Suisse hat mit ihrem Freihandelsentscheid den Faden verloren. Das Anliegen der gesunden und sicheren Ernährung wird unter dem ungeschmälert wirkenden Wachstumsdruck der Knospenhandelsorganisation mit der Zeit unerbittlich zum reinen Kassenschlager der Knospe als Marke für das obere Kaufkraftsegment reduziert.
- Die Tierproduzenten verbünden sich mit den industriellen Verarbeitern und hoffen, dass diese das Fleisch weiterhin aus der teureren Schweiz beschaffen und nicht aus den billigeren EU Staaten, woher die Fleischproduzenten nun die Futtermittel beziehen wollen.
- ‚Plants for the Future’ ist die strategische Forschungsagenda 2025 der European Technology Platform und liest sich wie ein Gegenprogramm zu den Inhalten, welche die SVIL an den letzten Tagungen öffentlich vertreten hat. Die gleiche Feststellung trifft auf das Papier Vision Pflanzenbau 2050 der Schweizerischen Gesellschaft für Pflanzenbauwissenschaften zu.
- An der öffentlichen Veranstaltung vom 24. April 2008 im KKL, Luzern, zur Zukunft des ländlichen Raumes in der Schweiz hat Roger de Weck bereits Agrarfreihandel mit der EU und dem EU-Beitritt gleichgesetzt.
- Die Interessengemeinschaft Agrarstandort Schweiz, Igas, verbindet die Konsumenten (Konsumentenschutz) nicht mit den Produzenten, sondern nur mit den Nahrungsmittelverarbeitern.
- Die Vision Landwirtschaft, VL, spricht ebenfalls von einer regionalen Landwirtschaft, aber die Direktzahlun-

gen werden nur als Entgelt für ökologische Leistungen akzeptiert. Ihre Funktion als Preisstützung und Preisausgleich wird abgelehnt. Die Preisstützung zur Erhaltung einer auf die Produktion ausgerichteten Landwirtschaft lehnt die VL ab.

- Auch Avenir Suisse sagt, dass Subventionen für die Landwirtschaft durch die Zentren / Agglomerationsgebiete zuerst erwirtschaftet werden müssten und dass deshalb eine solche Form der Umverteilung ohne wertschöpfende Wirkung nicht mehr länger akzeptiert werden könne. Das bedeutet, dass im Vordergrund nach Auffassung der Avenir Suisse nicht die Ernährungssouveränität steht, sondern die höchste Wertschöpfung des sogenannten ländlichen Raumes im Peripheriebereich der Agglomerationen. Diese ‚neue' Wertschöpfung des ländlichen Raumes liege im Bereich Wohnen / Freizeit als Funktion der Agglomerationserweiterung. Die Aufwendungen für die Landwirtschaft werden nur noch in Funktion der Landschaftspflege als Voraussetzung der Wertschöpfung durch die Immobilienentwicklung gesehen. Heute fragt die Avenir Suisse, was wir denn machen, wenn die Erträge des Finanzplatzes wegbrechen? Anstatt nach dem Werkplatz als Basis eines nachhaltigen wirtschaftlichen Auskommens zu fragen, schlägt sie vor, es müsste im ländlichen Raum gleich wie im 19. Jahrhundert in den Tourismus investiert werden: Bergbahnen, Dampfschiffe, Hotels etc., Resorts, Regionalpärke, Wohnen im Grünen, etc.. Diese Investitionen sollten dann auch die Einkünfte des gefährdeten Finanzplatzes ersetzen. Und weiter: Diese Zusatzfunktionen des ländlichen Raumes seien notwendig, weil die Landwirtschaft allein den ländlichen Raum nicht mehr tragen könne. Dabei wird übersehen, dass der ländliche Raum immer schon der Ort der industriellen und gewerblichen Schweiz und nie ausschliesslich Ort der landwirtschaftlichen Schweiz war. Diese Funktion wurde erst durch den Wandel vom Werkplatz zum Dienstleistungsstandort sukzessive eingeschränkt, sodass die Schweiz immer mehr zum Finanzplatz und zum Immobilienwachstum mutierte. Erst in dieser Situation entstand die unzutreffende Deutung, die Landwirtschaft sei zu subventionieren, um die „dezentrale Besiedelung" zu gewährleisten.

Zusammenfassend ergibt sich der Eindruck, dass eine selbständige, regionale, nachhaltige Lösung des Ernährungsproblems im Sinne einer konsumnahen Landwirtschaft in der aktuellen Diskussion und in den vorgeschlagenen Visionen deutlich ausgespart wird.

Damit ist die Frage gestellt, ob wir eine eigene, flächendeckende, konsumentennahe und die Versorgung der Schweiz sichernde Landwirtschaft noch wollen?

Dass die schweizerischen Unternehmungen Wichtigeres zu tun haben, als sich über die Konsequenzen der Beseitigung der eigenen Landwirtschaft Gedanken zu machen, ist das Eine. Die SVIL hat jedoch die Pflicht, den Unternehmen, welche sich nicht aktiv für die Erhaltung der eigenen Landwirtschaft einsetzen wollen, zu sagen, dass sie sich in dieser Frage — wie schon einmal — irren könnten. Gleichzeitig müssen wir die Unternehmungen der produktiven Wirtschaft über die Notwendigkeit der Erhaltung einer eigenen Landwirtschaft besser informieren können. Es geht hier um eine ganz grundlegende Weichenstellung, wie wir künftig in der Lage sein sollen, unsere Existenz zu sichern. Soll das Wachstumskonzept in der Schweiz vorwiegend im Immobilien- und Geldbereich vorangetrieben werden? Dann muss dies in einer vollständigen Grenzöffnung und Auflösung der Schweiz enden. Oder verstehen wir, dass ein nachhaltiges Wirtschaftskonzept in Zukunft ohnehin unumgänglich ist und wir uns wieder so organisieren müssen, dass wir uns auf unsere eigenen Ressourcengrundlagen abstützen können?

Dazu kommt, dass die bisherige „vielseitige" bäuerliche Landwirtschaft im Rahmen des technischen Fortschritts dem spezialisierten Landwirtschaftsbetrieb Platz macht. Dieser spezialisierte und viel intensiver durchorganisierte Landwirtschaftsbetrieb ist bedeutend stärker vom Markt abhängig. Da er nur ein bis zwei Produkte zum Verkauf anbietet, reagiert er empfindlich auf Preisschwankungen. Er hat längst nicht mehr den langen Atem der früheren gemischtwirtschaftlichen Betriebe. Darum wurde bereits mit der AP 2002 das Terrain vorbereitet, den Landwirtschaftsbetrieb einfach an die Verarbeitungsindustrie unten anzuhängen. Auf diese Weise sollte eine stark

beschränkte Zahl von Landwirtschaftsbetrieben die anvisierte Grenzöffnung besser überstehen können. Das war das Konzept der AP-Reform von Anfang an. Doch letztlich wird sich unter den herrschenden Einflüssen des Freihandels die Rohstoffbeschaffung definitiv in die tiefpreisigen grossen ausländischen Agrargebiete wegverlagern. Die Landwirtschaft würde in der Schweiz zu Gunsten der Immobilienentwicklung übermässig stark reduziert werden.

Demgegenüber wollen wir die eigene Produktionskapazität erhalten und den technischen Fortschritt nutzen. Aber dies soll durch innere Organisation, Neukombination und Reengineering der regionalen Produktionselemente erfolgen. Die technisch/organisatorische Spezialisierung ruft nach einer regionalen bzw. nationalen organisatorischen Lösung. Die Flexibilität des traditionellen Landwirtschaftsbetriebes geht durch die Spezialisierung verloren. Der spezialisierte Betrieb wird, wie gesagt, einseitig marktabhängiger. Deshalb muss die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit hinsichtlich Produktionsgrundlagen und bezüglich Marktsituation auf höherer Ebene wieder zurückgewonnen und neu zusammengefügt werden. Die Lösung ist somit nicht die Konservierung des kleinen Familienbetriebes, der dann nur noch mit nichtlandwirtschaftlichen Pflegeleistungen überlebt, (während die Lebensmittelproduktion abgewandert ist,) sondern umgekehrt müssen die Regionen mit ihrem Produktionspotential sowie die stofflichen Kreisläufe als Netzwerk reorganisiert werden. Das ist die Aufgabe des von der SVIL seit 1997 vorgeschlagenen Dienstleistungspools. Innenkolonisation heisst, die Landwirtschaft auf dem eigenen Boden als eigene Lebensgrundlage neu organisieren. Aus ganz ähnlichen Gründen müssen dann in einem weiteren Schritt Gewerbe, Industrie und Dienstleistung einbezogen werden. Der globalisierte Handel auf der Basis des gegenseitigen Vorteils soll sich durchaus weiter entwickeln. Dagegen muss aber die missbräuchliche „Öffnung“ und anschliessende Beseitigung nachhaltiger Versorgungsstrukturen durch das Diktat des reinen Geldwachstums beschränkt werden.

**Fazit:**

1. Die Innenkolonisation der SVIL ist heute so aktuell wie am ersten Tag der Gründung. Die Innenkolonisation ist die zeitgemässe, organisatorisch-industrielle Antwort auf das heutige Bestreben der Politik, unter dem Wachstumsdiktat des Geldes die eigene Produktionskapazität durch ‚billigen‘ Import im Bereich der Selbstversorgung zu ersetzen und dieses wenig kreative Vorgehen zu Unrecht als Handelsliberalisierung zu bezeichnen.
2. Die Unternehmerschaft muss sich mit diesen Fragen auseinandersetzen und sich für die Klärung der Situation engagieren. HB

## 89. Hauptversammlung

**Donnerstag, 11. Oktober 2007**
**Zürich Hotel Marriott, 17.30 bis 18.30 Uhr**
**Vereinsgeschäfte**

Traktanden
1. Begrüssung, Protokoll der 88. Hauptversammlung vom 25. August 2006
2. Vereinsgeschäfte, Geschäftsbericht und Vereinsrechnung 2006
3. Entlastung des Vorstandes
4. Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsstelle
5. Wahlen
6. Varia

Im Anschluss an den Tagungsteil von 14 bis 17 Uhr fand die Hauptversammlung der SVIL von 17.30 bis 18.30 Uhr im Zürich Hotel Marriott statt. Hans Bieri begrüsste die anwesenden SVIL-Mitglieder. Der Traktandenliste wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 1: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.
Traktandum 2 und 3: Vereinsgeschäfte, Geschäftsbericht und Vereinsrechnung 2006, sowie Entlastung des Vorstandes:
Vom Geschäftsbericht 2006, von der Vereinsrechnung 2006 sowie vom Revisorenbericht 2006 wurde von der Hauptversammlung zustimmend Kenntnis genommen und dem Vorstand der SVIL einstimmig Entlastung erteilt.
Traktandum 4: Die Tätigkeit folgt dem im Geschäftsbericht 2004 veröffentlichten Schwerpunktprogramm.
Traktandum 5: Die Hauptversammlung hat die neu zur Wahl in den Vorstand vorgeschlagenen Persönlichkeiten mit Akklamation gewählt. Es sind dies Dr. Joan Davis, Wallisellen und André Ackermann, Oensingen.
Ad personas:
*Dr. Joan S. Davis*, Bürgerin der USA, A R C, Aquatics Research & Consultancy, Bergliweg 12, 8304 Wallisellen.
*Studien*: Chemie, Biochemie, Hauptforschungsbereich (EAWAG/ETH, 1970-1999): schweizerische Fliessgewässer und Grundwasser - Daueruntersuchungen des bio-geochemischen Zustands der Hauptfliessgewässer.
*Anliegen*: Das breite Spektrum der vielschichtigen Auswirkungen (positive und negative) der Landwirtschaft, Massnahmen für einen nachhaltigen Umgang, aus Sicht der Natur, wie auch der Wirtschaft. Dies bedingt eine längerfristige Betrachtung der Auswirkungen. In der Vergangenheit wurde dies vernachlässigt: manche Massnahmen (technische, wie auch politische) wiesen kurzfristige Vorteile auf, verursachten aber längerfristig schwerwiegende Nachteile. Auch umgekehrt: Massnahmen mit kurzfristigen Nachteilen wurden abgelehnt, obwohl längerfristige Vorteile zu erwarten waren. Beides trug zu den heutigen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft und verwandten Bereichen bei.
*André Ackermann*, Bürger von Wolfwil, Letzirain 25, 4628 Wolfwil. Inhaber der Firma Homöopharm AG in Oensingen. Päsident des Industrie u. Handelsverein Thal-Gäu-Bipperamt, Mitglied des Berufslehrverbundes Thal-Gäu-Bipperamt, Vizepräsident des Gründerzentrums Kant. Solothurn.

Hans Bieri wurde ein weiteres Jahr als Präsident der SVIL bestätigt.
Um ca. 18.30 Uhr schliesst der Präsident die 88. Hauptversammlung der SVIL mit dem Dank an die Mitglieder.

Zürich,11. Oktober 2007
Im Namen des Vorstandes der SVIL: Hans Bieri